

**Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme
an der Brandenburgischen Technischen Universität
Cottbus-Senftenberg**

Sensibilisiert. Positioniert. Engagiert.

Prof.*in Dr.*in phil. Heike Radvan
Susanne Dyhr (MA)

BTU Cottbus-Senftenberg
Fakultät 4 – Soziale Arbeit, Gesundheit und Musik
Institut für Soziale Arbeit
Stand: 24.01.2023

Impressum

Herausgeberin:

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Fakultät 4 – Soziale Arbeit, Gesundheit und Musik

Institut für Soziale Arbeit

Autorinnen:

Prof.*in Dr.*in phil. Heike Radvan

Susanne Dyhr (MA)

Gemäß Präsidiumsbeschluss vom 31.5.2022 und
vom Senat zur Kenntnis genommen am 15.12.2022

Inhalt

1. Hinführung	4
2. Zielsetzung	5
3. Ausgangslage	5
3.1 Gesamtgesellschaftliche Entwicklung	5
3.2. Entwicklungen in den Stadtgesellschaften Cottbus und Senftenberg	6
3.3. Entwicklung im Bereich der Wissenschaft.....	8
4. Die Herausforderungen an der BTU	10
4.1 Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt im Kontext von Rechtsextremismus	10
4.1.1 Im Kontext der Stadtgesellschaft.....	10
4.1.2 Im Kontakt mit Behörden	11
4.1.3. Gewalt(potential) innerhalb der Institution	11
4.2 (Extrem) rechte Mobilisierungsversuche auf dem Campus.....	12
4.2.1 Mobilisierungsversuche durch Kleidungsmarken und Symbole.....	12
4.2.2 Mobilisierungsversuche auf (öffentlichen) Veranstaltungen	12
4.2.3 Mobilisierungsversuche durch das Anmieten von Räumen der Universität.....	12
4.2.4 Digitale Mobilisierungsversuche	12
4.3 Herausforderungen in der Lehre	13
5. Fürsorgepflicht der Hochschule – rechtliche Verpflichtungen	13
6. Empfohlene Maßnahmen	13
6.1 Grundsätze	13
6.1.1 Proaktiv	14
6.1.2 Parteilich.....	14
6.1.3 Partizipativ.....	15
6.2. Maßnahmen der Primärprävention	15
6.2.1 Monitoring und Dokumentation.....	15
6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit.....	16
6.2.3 Organisationskultur.....	16
6.2.4 Fort- und Weiterbildung	17
6.3 Maßnahmen der Sekundärprävention.....	18
6.3.1 Erarbeiten eines Notfallplans.....	18
6.3.2 Anwenden des Hausrechts.....	19
6.3.3 Institutionelle Reaktion	19
Quellenangaben	20

1. Hinführung

An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (im Folgenden kurz BTU) setzen sich viele engagierte Personen auf unterschiedlichen Ebenen für Diversität und gleichberechtigte Teilhabe ein. Die Hochschule hat sich die Aufgabe gestellt, einen Beitrag zur Ermöglichung von Chancengleichheit im Bereich der Bildung, Arbeit, Forschung und Entwicklung zu leisten. An der BTU sollen sich – so das vereinbarte Ziel – alle Mitglieder und Angehörige der Universität in ihrer Individualität und unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter, körperlicher und seelischer Gesundheit sowie gleich- und trans*geschlechtlicher Lebensweise entfalten können. Menschen- und demokratiefeindliche, rassistische und diskriminierende Positionen sind an der BTU nicht toleriert. In den letzten Jahren wurden bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um Diskriminierung und Chancenungleichheiten unter Studierenden und Angestellten entgegenzuwirken. Angesichts zunehmender antidemokratischer und (extrem) rechter¹ Mobilisierung und Einflussnahme, die sich gesamtgesellschaftlich und in den Stadtgesellschaften der drei Campi beobachten lassen, braucht es weitere und zum Teil spezifische Antworten für den Hochschulbetrieb an der BTU. Mit diesem Konzept evaluieren wir Ressourcen, formulieren Handlungsbedarfe und Interventionsmöglichkeiten gegen (extrem) rechte Einflussnahmen auf den Campi. Dem Konzeptpapier liegt intern eine ausführliche Version vor, die u.a. eine Analyse von Vorfällen enthält, aus denen sich die Struktur der hier vorliegenden Kurzversion begründet.

¹ Mit der Formulierung ‚extrem rechts‘ orientieren wir uns an einer Definition, die eine Alternative zu topologischen Konzepten eröffnet, mit denen vereinfacht formuliert im sog. Hufeisenansatz oder in der Extremismustheorie bedrohliche politische ‚Ränder‘ und gleichzeitig eine ‚gute Mitte‘ der Gesellschaft konstruiert werden. Unter Rechtsextremismus wird die Gesamtheit von undemokratischen, antipluralistischen, geschichtsrevisionistischen und autoritaristischen Einstellungen, Verhaltensweisen, politischen Aktivitäten und Aktionen von (nicht-) organisierten Einzelpersonen und Gruppen gefasst, die eine Ungleichheit von Menschen proklamieren und entsprechende Macht- und Herrschaftsverhältnisse etablieren bzw. verstärken (Jaschke 2001, 30; Virchow 2016, 13-17). Extrem rechte Ideologie legitimiert Gewalt, bereits die Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen impliziert dies. Als zentrale Bestandteile der Ideologie des modernen Rechtsextremismus gelten Antisemitismus, Rassismus, Gadge-Rassismus (der sich gegen Sinti, Roma und Jenische richtet), (Hetero-)Sexismus und Antifeminismus, Ableismus/ Behindertenfeindlichkeit, Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Heteronormativität und Feindlichkeit gegenüber Trans*Personen. Diese Einstellungen und damit verbundene Formen von Diskriminierung werden überall in der Gesellschaft vertreten, sie sind nicht auf einen ‚rechten Rand‘ begrenzt.

2. Zielsetzung

Das Handlungskonzept zielt darauf ab, im Rahmen der vorgelegten Problembeschreibung die Universität als Studienort und Arbeitsstelle für alle Studierenden, Angestellten und Besucher*innen sicher(er) zu gestalten. Hierzu gehört, die Universität als einen Ort der kritischen Auseinandersetzung, Emanzipation sowie der Gleichberechtigung und Teilhabe zu erhalten und zu fördern. Ein Fokus des Konzepts liegt auf dem Schutz des Hochschulbetriebs vor möglicher oder akuter Einflussnahme antidemokratischer und (extrem) rechter Kräfte. Daneben zielt das Konzept auf die Sensibilisierung innerhalb der Institution (auf Ebene der Verwaltung, Lehre und des Studiums) für verschiedene Diskriminierungsformen, als auch für die Wirkung (extrem) rechter Diskurse und Einflussnahmen, die auch im Universitätsalltag auftauchen.

3. Ausgangslage

3.1 Gesamtgesellschaftliche Entwicklung

(Extrem) rechte Einstellungen sind nicht ausschließlich eine Erscheinung des so genannten ‚gesellschaftlichen Randes‘. Vielmehr sind sie ein Phänomen, das sich durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen zieht und hier durchaus auch höhere Zustimmung erhält (zuletzt Decker et al. 2022). Seit ca. einer Dekade ist eine gesamtgesellschaftliche Diskursverschiebung in eine politisch rechte Richtung zu beobachten. Autoritär-nationalistische Positionen, die von einer Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen, werden in der Öffentlichkeit häufiger vertreten. Befördert wird diese Tendenz durch medienwirksame Interventionen und Provokationen extrem rechter Akteure. Der Raum des im Öffentlichen Sagbaren ist erweitert. In vielen Bereichen der Gesellschaft ist mittlerweile eine (extrem) rechte Mobilisierung bemerkbar (vgl. u.a. Quent 2019; Fuchs/Middelhoff 2019). Besonders deutlich erkennbar wird diese Entwicklung durch eine international und in der Bundesrepublik wahrnehmbare temporär verdichtete Zunahme rechtsterroristischer Anschläge, wie in Halle (2019), Hanau (2020) und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) (2019). Von diesen Entwicklungen betroffen sind vor allem diejenigen Menschen, die in Form von Feindbildern innerhalb (extrem) rechter Ideologien Abwertung erfahren. Dazu gehören insbesondere people of color, Schwarze Deutsche, demokratisch Engagierte, jüdische, muslimische, queere, wohnungs- und obdachlose Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Das Problem beginnt jedoch nicht erst beim Rechtsextremismus. Alltagsdis-

kriminierung, insbesondere Alltagsrassismus gehören zu den alltäglichen Erfahrungen, die Betroffene machen.

3.2. Entwicklungen in den Stadtgesellschaften Cottbus und Senftenberg

Beide Standorte unserer Universität sind Orte mit hoher Lebensqualität und vielen Potenzialen. Durch die infrastrukturelle Anbindung an Berlin, Dresden und Leipzig ist die BTU ein interessanter Studien-, Wohn- und Arbeitsort. Zugleich gelten beide Städte (Cottbus und Senftenberg) – wie die gesamte Region der Niederlausitz – als ‚strukturschwach‘. Hinsichtlich der Herausforderungen mit Rechtsextremismus und der Ausprägung demokratischer Zivilgesellschaft sind beide Städte durchaus unterschiedlich zu beschreiben. In diesem Papier beziehen wir uns daher zunächst auf die Situation in Cottbus und den Fragen nach Präventionsmöglichkeiten.²

Neben der Abwanderung v.a. junger, gut ausgebildeter Menschen, wird die offene Atmosphäre in der Stadtgesellschaft Cottbus bereits seit den frühen 1990er Jahren wiederholt durch völkisch autoritäre und extrem rechte Akteure infrage gestellt und angegriffen (vgl. Wagner 2014: 309–326). Die (extrem) rechte Szene ist aktuell in verschiedenen Milieus aktiv und gut vernetzt (u.a. in die Kampfsport- und Hooliganszene (vgl. Claus 2021), das Security- und Rockermilieu sowie im Bereich der organisierten Kriminalität (vgl. Müller/Zimmermann 2020; Fröhlich 2019; Garzke 2019). In der Region Lausitz ist die Szene spezifisch etabliert, da sie über Immobilien, Räume und Gewerbe verfügt (bspw. Sport- und Modelabels, Vertrieb für Nahrungsergänzungsmittel, Anbieter für Outdoor-Aktivitäten, vgl. Claus 2021; Müller/Zimmermann 2020). Seit mehreren Jahren lässt sich in Cottbus eine Kontinuität in der hohen Mobilisierungsfähigkeit extrem rechter Zusammenschlüsse beobachten. Sowohl die Straßenproteste 2017/2018 des Vereins „Zukunft Heimat“ gegen Migration und die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft, als auch die Proteste von der 2020 gegründeten Initiative „Bürger für Bürgerrechte“ gegen die herrschende Politik zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden zum Teil von bis zu 4.000 Menschen unterstützt (vgl. Botsch/Schulze 2018; Fröschner/Warnecke 2019; Minkenberg/Sündermann 2021; Krüger o. J.; Schulze 2022: 3). Extrem rechte Akteure in der Region und Stadtgesellschaft sind gut vernetzt mit Kadern

² Mit dem Ziel, die Situation am Standort Senftenberg genauer zu erheben, kommen wir in den (intern vorliegenden) Empfehlungen für die Einrichtung einer Monitoringstelle zurück.

der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) (vgl. Minkenberg/Sündermann 2021), die im Land Brandenburg vom Landesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeordnet und beobachtet wird. Das Wähler*innenpotential für die AfD ist im Städtevergleich als hoch zu bezeichnen, bei der Wahl zum Cottbuser Oberbürgermeister im Jahr 2022 sind es 31,4 Prozent der Wähler*innen, die für den AfD-Kandidaten stimmen.³

Die Atmosphäre in der Region und spezifisch in Cottbus ist von der immanent präsenten und explizit geäußerten Gewalt sowie Demokratie- und Menschenfeindlichkeit beeinflusst (vgl. Botsch/Schulze 2018; Fröschner/Warnecke 2019). Dies beeinträchtigt auch das kommunalpolitische Handeln (Raab/Radvan 2020). Die Beratungsstelle „Opferperspektive Brandenburg – Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt“ verzeichnet im landesübergreifenden Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von extrem rechten Übergriffen in der Stadt und ihrer regionalen Umgebung (vgl. Opferperspektive 2022). Zudem ist eine gewisse Dysfunktionalität der Justiz im Gerichtsbezirk Cottbus in der Rechtsprechung zu extrem rechter Gewalt zu bemängeln. In deren Folge stehen Betroffene rechter Gewalt vor zusätzlichen Härten; extrem rechte Akteure erfahren, dass Gewalttaten nicht oder nur geringfügig verfolgt werden (vgl. Opferperspektive 2021).

Auch wenn es oft unerwähnt bleibt – Cottbus hat seit vielen Jahren eine engagierte demokratische Zivilgesellschaft, die den alltagsrassistischen und extrem rechten Dominanzversuchen etwas entgegensetzt (vgl. u.a. Sander 2021, Lippelt/Schäfer 2019). Hinsichtlich der demokratischen Gegenwehr erhält unsere Universität – ebenso wie z.B. das Carl-Thiem-Klinikum oder die Stadtverwaltung – besondere Bedeutung, womit gleichzeitig eine Verantwortung verbunden ist. Im Jahr 2022 bringt die Stadtverwaltung Cottbus ein ‚Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus‘ auf den Weg, dessen Umsetzung Wirksamkeit gegen rechte Einflussnahmen eröffnet und erwarten lässt. Grundsätzlich verstärkt das Problem des Rechtsextremismus die bereits bestehenden Risiken für Abwanderung und Desintegration in Stadt und Region. Auch die Attraktivität der BTU als internationaler Studien- und Arbeitsort büßt hierdurch ein. So sind größere Gruppen von Studierenden und Mitarbeitenden von den Auswirkungen extrem rechter Mobilisierungen, Alltagsdiskriminierung und auch Gewalt in der Stadtgesellschaft betroffen, auch an der Universität ist die Atmosphäre hiervon in gewissem Maße beeinflusst.

³ https://www.cottbus.de/opt/wahl/ob22sw/#w_86092

3.3. Entwicklung im Bereich der Wissenschaft

3.3.1 Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft

Im Rahmen dieser Entwicklungen rückt auch Wissenschaft ins Visier rechter Einflussnahme und Angriffe (vgl. Einwächter 2022). Das zeigen u.a. zahlreiche Anfragen der AfD-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag⁴ (vgl. zu Gender und Geschlechterforschung: Bereswill/Ehlert 2022; afg 2021), wie auch deren Positionierungen gegen wissenschaftlich begründete Antworten zur Eindämmung des Pandemiegeschehens⁵ (vgl. u.a. dpa 2021, Pösl 2022; Amlinger/Nachtwey 2022: 247-298) oder des Klimawandels (vgl. Reusswig et al. 2021; Schumatsky 2018, Schmidt-Mattern 2019). Neben solchen öffentlichen Diffamierungen und Angriffen erfolgt jedoch auch innerhalb des wissenschaftlichen Austauschs eine Diskursverschiebung rund um die Begriffe ‚Wissenschaftsfreiheit‘, ‚Ideologie‘ und ‚Cancel Culture‘. Dabei spaltet sich der Diskurs entlang der Pole individueller Freiheitsrechte einzelner (Forderung: ‚keine Sprech- und Denkverbote‘) gegenüber der Förderung von Teilhabe bisher marginalisierter Perspektiven an der Wissensproduktion.

Die Angriffe auf die Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit zielen darauf ab, Forschungsfelder, Forschungsergebnisse und Positionen, die antipluralistische und antidemokratische Haltungen in Frage stellen, zu delegitimieren und deren Finanzierung anzuzweifeln. Insbesondere sind hiervon Bereiche der Migrations- und Klimaforschung, Epidemiologie, Gender Studies sowie sozial- und geisteswissenschaftliche Grundlagen betroffen. Forschende sind mit persönlichen Angriffen, in Einzelfällen mit Morddrohungen, konfrontiert⁶ (Schmidt-Mattern 2019). Solche Angriffe sind zumeist strategisch eingesetzt, häufig „regelrecht choreografiert“ (bukof 2021). In der Folge begrenzen sich Betroffene selbst und schränken ihr Engagement ein (vgl. dpa 2021); Minderheitenpositionen bleiben ungehört. Rechte Positionen und Angriffe untergraben das wissenschaft-

⁴ Anfrage der AfD im Bundestag zur Freiheit der Wissenschaft: Vgl. Bundesdrucksache Drucksache 19/2216, Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/022/1902216.pdf> [Stand 30.11.2021]; Anfrage der AfD im Brandenburgischen Landtag zu Gleichstellung und Diversity: Vgl. Landesdrucksache Drucksache 7/669, Online unter: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_0600/669.pdf [Stand 06.12.2021]

⁵ Bspw. greift der Fraktionsvorsitzende der AfD des Landtages Brandenburg, Hans-Christoph Berndt (der von ihm gegründete Verein „Zukunft Heimat“ wird vom Landesamt für Verfassungsschutz als rechtsextreme Organisation gelistet, vgl. MIK 2022: 82) am 25.11.21 die Politik der brandenburgischen Gesundheitsministerin an. Er empfiehlt dabei als Alternative zur Impfung die Einnahme des Entwurmungs- und Skabies Medikaments Ivermectin, dessen Wirkung in Bezug auf den Corona-Virus bis heute nicht ausreichend wissenschaftlich belegt ist (Popp et al. 2022). Siehe rbb Bericht über Berndts Rede in der Sitzung vom 25. November 2021: https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2021/25--no-vember-2021/25__november_2021_-_56_Sondersitzung_des_Brandenburger_Landtags1/hans-christoph-berndt--afd-2.html [Stand 06.01.21]

⁶ Siehe bspw. Solidaritätsbrief des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) der Humboldt-Universität zu Berlin zu den persönlichen Angriffen auf Prof. Auma. Online unter: https://www.gequindi.uni-bayreuth.de/de/aktuelles/2021/Solidaritaetsbrief-Prof_-Auma/index.html

liche Ringen um Erkenntnis. Eine diesbezügliche atmosphärische Veränderung geht mit der Gefahr einher, die Grundlagen des demokratischen Miteinanders, aber auch des wissenschaftlichen, kritisch-dialogischen Austausches und des freien Denkens einzugrenzen.⁷ Durch ein Negieren des Vorhandenseins solcher Entwicklungen ebenso wie von Diskriminierung, Herrschaftsverhältnissen und globaler Ungleichheit werden eben diese Phänomene verstärkt (Radvan/Schäuble 2019). Dabei haben Hochschulen als Orte des Lernens, der Reflexion und Kritik sowie der Analyse und des Erforschens eine wichtige gesellschaftliche Funktion (SV/HNS 2020). Sie statten Menschen mit Werkzeugen aus, um ihre eigene Lebensrealität zu artikulieren und über sie nachzudenken (Gutiérrez et al. 2016: 164). Im Sinne einer chancengerechten Hochschule (im Sinne des Art. 3 GG) und Aufrechterhaltung der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG)^{8, 9}, ist auf Grundlage der verfassungsgebundenen Werte die Vermittlung einer klaren Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen notwendig, um möglichst allen den Zugang und die Teilhabe am Hochschulleben und somit der Wissensproduktion zu ermöglichen.

3.3.2 Normalisierungs- und Mobilisierungsversuche auf dem Campus – überregional

Daneben zeigen sich seit einigen Jahren an mehreren Hochschulen in Deutschland (extrem) rechte Mobilisierungsversuche und Raumergreifungsstrategien mit Aufklebern, Flyern, Plakaten, öffentlichkeitswirksamen Aktionen mit Transparenten, sowie das Tragen von Kleidung mit extrem rechter Symbolik (vgl. Leidinger/Radvan 2019).¹⁰ Diese Form der Raumergreifung zielt strategisch auf die Normalisierung von extrem rechter Symbolik und Ideologie auf dem Campusgelände mit der Konsequenz, dass sich ein Teil der Studierenden, Mitarbeitenden und Gäste potenziell bedroht fühlt und die Universität als einen unsicheren Ort erlebt.¹¹ Darüber hinaus versuchen – so zeigen Berichte anderer Hochschulen – rechte Funktionär*innen¹² (sog. Kader) mit ihrer Teilnah-

⁷ Klimaforscher:innen zeigen sich infolge persönlicher Angriffe in der öffentlichen Darstellung ihrer Ergebnisse beeinflusst (Schumatzky 2018).

⁸ Forschung und Lehre stehen unter Freiheit der Wissenschaft.

⁹ Lehre darf hierbei nicht losgelöst von den Grundsätzen der Verfassung erfolgen (Art. 5 Abs. 3 Satz 2).

¹⁰ Bisher liegen hierzu unseres Wissens weder ein Monitoring noch Studien vor. Die Nennungen beruhen auf einer „wilden Recherche“ (Sabine Andresen 2018: 768), kollegialen Informationen sowie einer explorativen Untersuchung zu einer extrem rechten Frauengruppe (Leidinger 2019: 49f.).

¹¹ So berichten demokratisch orientierte und engagierte Studierende der Fakultät 4, dass sie sich in Kleingruppenarbeiten in Seminaren häufig nur begrenzt einbringen. Sie begründen dies u.a. damit, dass sie die Universität nicht durchgehend als sicheren Raum erleben. Sie begrenzen ihre Reflexionen biografischer Erfahrungen, persönlicher Einstellungen und professionsethischer Motive aus Überlegungen des persönlichen Schutzes (Gesprächsnotiz auf der Veranstaltung des Fachschaffrates Soziale Arbeit an der BTU Cottbus-Senftenberg „Störungen haben Vorrang. Vollversammlung Soziale Arbeit zur Situation in Cottbus“, 31.1.2018.)

¹² Grundsätzlich gendern wir mit dem Asterisk, um verschiedene geschlechtliche Selbstbeschreibungen und Körper sichtbar zu machen sowie gleichzeitig den Konstruktionscharakter der herrschenden Geschlechterbinarität zu betonen. Bei extrem rechts organisierten Personen gendern wir mit dem Binnen-I, um die strukturelle sowie direkte personale Gewaltförmigkeit der extremen Rech-

me an öffentlichen Veranstaltungen diese für ihre Ideologie und Ziele zu instrumentalisieren (vgl. Leidinger/Radvan 2019).

4. Die Herausforderungen an der BTU

Von den Entwicklungen in der Region, speziell in der Cottbuser Stadtgesellschaft, bleibt auch die Sphäre der Universität nicht unberührt. Durch eine zunehmende Normalisierung von autoritaristischen und extrem rechten Aussagen im öffentlichen Diskurs, ist davon auszugehen, dass sich diese Verschiebung auch an der Hochschule bspw. in Seminarbeiträgen reproduziert.

Die Analyse konkreter Vorfälle als Grundlage des Handlungskonzeptes

Dem Papier liegt eine ausführliche Analyse von Vorfällen vor, die in den vergangenen Jahren an der BTU aufgetreten sind und die in das Spektrum (extrem) rechter sowie antidiskriminierender Erscheinungsformen einzuordnen sind. Auf dieser Basis formulieren wir möglichst passgenaue Interventionsvorschläge. In folgenden Bereichen bestehen Herausforderungen:

4.1 Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt im Kontext von Rechtsextremismus

4.1.1 Im Kontext der Stadtgesellschaft

Im brandenburgischen Vergleich hat die BTU mit 35 Prozent (vgl. Destatis 2021) einen überdurchschnittlich hohen Anteil an internationalen Studierenden, was die Universität nicht zuletzt durch ihre ‚Internationalisierungsstrategie‘¹³ aktiv und erfolgreich befördert. Cottbus ist international als innovativer Studienort bekannt und u.a. durch das gute Betreuungsverhältnis geschätzt. Zugleich treffen Studierende of color und Schwarze Studierende auf eine Stadtgesellschaft, in der (extrem) rechte Provokationen im Alltag häufig auftreten und in vielen Fällen unwidersprochen bleiben¹⁴. In den vergangenen Jahren gab es mehrere Vorfälle, bei denen Studierende of Color von rassistisch und extrem rechter Gewalt in der Stadtgesellschaft und auf dem Campus betroffen waren (vgl. Bahout 2021: 23; vgl. Nauschütz 2019; Schulze 2018; vgl. Raab/Radvan 2023). Dane-

ten insbesondere mit Blick auf Heteronormativität, Heterosexismus und die ausgewiesene Feindlichkeit gegenüber Trans*personen etwa bei den „Identitären“ hervorzuheben.

¹³ Vgl. BTU (2021): Internationalisierung. Online unter: <https://www.b-tu.de/international/internationalisierung>, zuletzt geprüft am 22.11.2021.

¹⁴ Chadi Bahout (2021) beschreibt solche Situationen als wiederkehrend. So berichten auch BTU-Studierende von alltäglichen Rassismuserfahrungen: während der Behandlung im Krankenhaus, im Zuge von Einlasskontrollen durch Securitypersonal bei (Uni)-Partys, beim Einkaufen, in öffentlichen Verkehrsmitteln von Fahrer:innen und anderen Fahrgästen, bis hin zu physischen Angriffen im öffentlichen Raum.

ben wurden auch Personen angegriffen, die als politisch „links“ gelesen werden (vgl. Opferperspektive 2018).

4.1.2 Im Kontakt mit Behörden

Auch in öffentlichen Behörden und Ämtern findet Diskriminierung statt (für die bundesweite Situation vgl. beispielsweise Beigang et al. 2017). Für Cottbus liegen Aussagen über entsprechende Erfahrungen (nicht nur von Studierenden) vor (vgl. Bahout 2021, Schulze 2018, Raab/Radvan 2023). Als spezifisches Problem werden Polizeikontrollen am Hauptbahnhof benannt, die als Racial Profiling¹⁵ zu kritisieren sind und Folgen für Betroffene haben können, wie zum Beispiel das Verpassen wichtiger Termine an der Universität.¹⁶

4.1.3. Gewalt(potential) innerhalb der Institution

Häufig wird davon ausgegangen, dass Studierende, die sich in extrem rechten Gruppierungen und Parteien organisieren und ihre Ideologie als Kader nach außen vertreten, ihr politisches Engagement und die damit verbundene Haltung und Handlungen *nicht* in die Hochschule tragen. Auch wenn es sich bei der hier gemeinten Gruppe von extrem rechts organisierten Studierenden¹⁷ um sehr wenige Fälle zu handeln scheint (Leidinger/Radvan 2021), stellen die daraus resultierenden Situationen Hochschulen vor größere Herausforderungen. Diese sind auch an der BTU durch einzelne Fälle bekannt (vgl. z.B. Positionspapiere BTU 2020 und 2021). Professionsethische Fragen stellen sich insbesondere in Studienfächern mit staatlicher Mandatierung, wie z.B. Rechtswissenschaften, polizeilicher Ausbildung und/oder bei Studierenden, die für die (sozial)pädagogische, pflegerische, medizinische Arbeit mit Menschen ausgebildet werden. Ob sich durch die Präsenz von extrem rechts organisierten Studierenden Gefahren für andere Studierende und Hochschulangehörige ergeben, wird selten diskutiert; es liegt hierzu keine Fachdebatte vor (vgl. Leidinger/Radvan 2021). Für Situationen, in denen

¹⁵ Racial Profiling meint Personenkontrollen auf Grundlage von Zuschreibung eines physischen Erscheinungsbildes oder ethnisch-render Merkmale, während die kontrollierten Personen in der Regel mit alltäglichen Handlungen beschäftigt sind und keine Handlungen ausführen, die eine Kontrolle legitimieren. Die Kontrolle geht mit Befragungen, Durchsuchungen und mitunter mit vorübergehenden Zuführungen auf die Wache einher. Vanessa Thompson (2020) verweist auf die belastende Wirkung für die Betroffenen, nicht zuletzt da sie mit einer öffentlichen Bloßstellung einhergehen und konkrete Konsequenzen, wie das Verpassen einer Prüfung oder einer wichtigen Sitzung, zur Folge haben können.

¹⁶ Angabe im Gespräch mit Berater:innen des Vereins Opferperspektive.

¹⁷ Wir unterscheiden begründet zwischen extrem rechts *organisiert* und *orientiert* (Radvan/Schäuble 2019). Bei dieser Unterscheidung wird auf Erfahrungen im Umgang mit extrem rechts organisierten Jugendlichen in den Angeboten der „akzeptierenden Jugendarbeit“ der 1990er Jahre zurückgegriffen (vgl. u.a. Radvan 2023).

von Studierenden Gewalt ausgeht und damit verbundene Gefahren an der Institution, werden entsprechende rechtliche Schritte empfohlen (Borstel/Luzar 2014).

4.2 (Extrem) rechte Mobilisierungsversuche auf dem Campus

4.2.1 Mobilisierungsversuche durch Kleidungsmarken und Symbole

Die BTU wird als Ort mit Mobilisierungspotenzial von Seiten (extrem) rechter, völkisch autoritärer Strukturen wahrgenommen. Zu beobachten waren Mobilisierungsversuche in Form von Stickern und Flyern, das Tragen von Kleidungsmarken extrem rechter Modelabel sowie das widerrechtliche Abbilden eines Campus-Geländes im Werbematerial einer entsprechenden Firma.

4.2.2 Mobilisierungsversuche auf (öffentlichen) Veranstaltungen

Völkisch autoritäre und extrem rechte Kader versuchen, öffentliche Vorlesungs- und Diskussionsveranstaltungen durch die Anwendung der sogenannten Wortergreifungsstrategie für sich und die Normalisierung ihrer Ideologie zu nutzen.¹⁸ Gleichzeitig versuchen Neonazi-Kader durch ihr Auftreten auf öffentlichen Veranstaltungen auf dem BTU-Gelände, Hegemonieansprüche zu signalisieren.

4.2.3 Mobilisierungsversuche durch das Anmieten von Räumen der Universität

Es bedarf eines präventiven Umgangs mit potentiellen Anmietungsversuchen von Räumen der BTU durch externe Akteure, die extrem rechten Organisationen angehören. Hierbei handelt es sich um Analysen und Antworten von Situationen an anderen Universitäten.

4.2.4 Digitale Mobilisierungsversuche

Zu beobachten sind vereinzelte Versuche regionaler extrem rechter Akteure, Angehörige der BTU online zu kontaktieren, um ihre Ideologie zu verbreiten.

¹⁸ Für Moderator:innen oder Verantwortliche dieser universitären Veranstaltungen wird es problematisch, den dialogischen und inhaltlich fachlichen Verlauf von (Diskussions)Veranstaltungen sicherzustellen, wenn Kader der extremen Rechten dies strategisch zu verhindern versuchen.

4.3 Herausforderungen in der Lehre

Formen von Diskriminierung ebenso wie von Rechtsextremismus sind für gewöhnlich in sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen Lerngegenstände, die im Verlauf von Vorlesungen und Seminaren aus kritischen Perspektiven beleuchtet und diskutiert werden (vgl. Leidinger/Radvan 2021). Dass entsprechende Erscheinungsformen in Lehrveranstaltungen ‚auftauchen‘ bzw. zum Problem werden, stellt Lehrende und Studierende, aber auch Verwaltung und die Institution an sich vor Herausforderungen und dies disziplinübergreifend. An dieser Stelle braucht es ein didaktisches Konzept für den präventiven Umgang in der Lehre. Ein solches Konzept bezieht sich auf den Umgang mit 1. *nicht intendierten, alltagsdiskriminierenden Aussagen*, 2. *politisch rechts orientierten Aussagen* von Studierenden und 3. *Studierende, die sich extrem rechts organisieren* (Kader). Wir verweisen hier auf das Dokument „Extrem rechte Interventionen – Herausforderungen und Handlungsoptionen in Lehrveranstaltungen“ als Teil des ausführlichen Handlungskonzeptes.¹⁹

5. Fürsorgepflicht der Hochschule – rechtliche Verpflichtungen

Neben verschiedenen von Deutschland ratifizierten völker- und europarechtlichen Bestimmungen werden der Schutz und die Fürsorgepflicht gegenüber allen Angehörigen der Universität durch den Gleichbehandlungsgrundsatz in Art 3 GG geregelt.²⁰ Die BTU hat im Jahr 2022 eine Antidiskriminierungssatzung verabschiedet und setzt mit dieser entsprechende Maßnahmen um. Unsere Empfehlungen für die Prävention extrem rechter Einflussnahmen an der BTU sind hiermit abgestimmt und bauen hierauf auf.

6. Empfohlene Maßnahmen

6.1 Grundsätze

Für die Entwicklung von Schutzmaßnahmen gegen (extrem) rechte Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche an Institutionen wie der BTU können drei grundlegende Leitsätze benannt werden: 1) eine proaktive Thematisierung des Problems, 2) die partielle Positionierung auf Seiten der Betroffenen von (extrem) rechter Gewalt in Form von

¹⁹ Das Konzeptpapier steht dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) der BTU zur Verfügung und ist auf deren homepage verlinkt.

²⁰ Einige Bundesländer, darunter Hamburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, haben in ihren Hochschulgesetzen den Diskriminierungsschutz von Studierenden bereits aufgenommen. Hochschulen haben zudem die Möglichkeit, eigene Richtlinien zum Diskriminierungsschutz von Studierenden zu verfassen (vgl. ADS 2020: 8).

ideeller und materieller Unterstützung und 3) eine partizipative Umsetzung gemeinsam ausgehandelter (Präventions-)Maßnahmen. Nachfolgend werden Maßnahmen aufgelistet, die der Primär- und Sekundärprävention in möglichen Fällen im Spektrum von (extrem) rechten Mobilisierungs- und Normalisierungsversuchen und potentieller Gewalt an der Hochschule dienen.

6.1.1 Proaktiv

Häufig wird das Problem Rechtsextremismus innerhalb von Institutionen und Stadtgesellschaften tabuisiert und beschwiegen (vgl. Aikins et al. 2015; für Cottbus vgl. Raab/Radvan 2023). Forschung zur Wirksamkeit von Gegenstrategien innerhalb von betroffenen Kommunen (vgl. u.a. Möller 2005) zeigt jedoch eindrücklich, dass eine proaktive Thematisierung die Absicherung demokratischer Kultur befördert. Dies ist ebenfalls für den Bereich Hochschule zu erwarten. Bislang liegt nach unserem Wissen kein vergleichbares Konzept an einem anderen Hochschulstandort vor. Dabei zeigen die von uns in Bezug auf die BTU analysierten Vorfälle ebenso wie überregional vorliegende (Lehnert/Radvan 2016: 109-120), dass es einen dringenden Nachholbedarf hierfür gibt. Zudem belegen Umfragen und Beratungsanfragen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass Diskriminierung an Hochschulen nicht nur vorkommt, sondern ein „virulentes Thema“ (AdB 2020: 11) ist. Eine proaktive Haltung impliziert zu allererst eine fundierte Wahrnehmung und Analyse der Probleme sowie eine positionierte Benennung der Konflikte. Sie geht einher mit einer proaktiven Entwicklung und Durchführung von primär- und sekundärpräventiven Interventionsmaßnahmen.

6.1.2 Parteilich

Personengruppen, die potenziell von (extrem) rechter Gewalt betroffen sind, müssen geschützt werden. Ängste vor Gewalt und Diskriminierungserfahrungen verursachen Stress, was negative Auswirkungen sowohl auf die psychische als auch physische Gesundheit haben kann (vgl. Schmitt/Branscombe et. al. 2014; Carter/Forsyth 2010; Ziegler/Beelmann 2009). In ihrer Studie fanden Rausch et al. (2021: 39) heraus, dass fehlender Opferschutz an Institutionen dazu führt, dass das Vertrauen der Betroffenen in potenzielle Beratungs- und Beschwerdestellen sinkt. Insbesondere in kleineren Städten oder ländlichen Regionen ist von einer erhöhten Bedrohungslage (potentiell) Betroffener auszugehen, da Wohnadressen und alltägliche Wege leichter nachzuvollziehen sind.

Dies lässt sich auch für Cottbus beschreiben (vgl. Raab/Radvan 2023). In der Freizeit gibt es weniger Möglichkeiten, potenziellen Gefahren oder Personen auszuweichen, die bereits durch Gewaltbereitschaft und -tätigkeiten aufgefallen und ggf. bekannt sind. Die beschriebenen Zusammenhänge haben darüber hinaus negative Auswirkungen auf die Atmosphäre innerhalb der Hochschule; im Besonderen kann sie einschränkend auf das Lern- und Arbeitsklima wirken. Es entstehen ungleiche Bildungsvoraussetzungen für Studierende und Zugangsvoraussetzungen für Akademiker*innen in der Forschung. Eine parteiliche Haltung auf Seiten der Betroffenen extrem rechter Gewalt beinhaltet sowohl die ideelle als auch materielle Unterstützung durch die BTU.

6.1.3 Partizipativ

Der Weg hin zu einer diskriminierungsarmen und chancengerechteren Universität sowie zu einer proaktiven Wahrnehmung (extrem) rechter Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche im Bereich der Hochschule ist ein Lernprozess, der erst durch die aktive Beteiligung möglichst vieler Hochschulangehöriger wirksam werden kann. Die demokratische Beteiligung aller Statusgruppen ist hierbei wesentlich und sollte gefördert werden. Hierfür braucht es Fortbildungen, Transparenz, Räume des vertrauensvollen Austauschs und der Vernetzung.

6.2. Maßnahmen der Primärprävention

Maßnahmen der Primärprävention umfassen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Hochschule als diskriminierungskritischen Ort zu strukturieren bzw. einen dahingehenden Entwicklungsprozess weiter voranzubringen und abzusichern sowie die Wirkung versuchter Einflussnahme extrem rechter Gruppen und Einzelpersonen zu verhindern.

6.2.1 Monitoring und Dokumentation

Unsere Analyse vorliegender Fälle und Rückmeldungen Betroffener zeigen, dass es an der BTU in Reaktion auf den beschriebenen Bedarf sinnvoll ist, eine Stelle für Monitoring und Dokumentation einzurichten. Die Stelle sollte die Bedarfe an den verschiedenen drei Campi erheben und beantworten. Das Meldesystem für Vorfälle ist niedrigschwellig, online und optional in Präsenz zu organisieren und beinhaltet das Verweisen an fachspezifische Beratungsstellen. Die Stelle erarbeitet einmal im Jahr eine Dokumentation entsprechender Vorfälle und Analyse deren Bearbeitung. Dieses Monito-

ring ist intern und soll gewährleisten, dass innerhalb der Institution eine erhöhte Sensibilität für das Problem vorhanden ist und eine wirksame Intervention entwickelt werden kann. Die Arbeit wird unterstützt und begleitet durch die Forschungsstelle FUR (Forschungs- und Transferstelle sozialpädagogische und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien im Umgang mit der extremen Rechten) am Fachbereich Soziale Arbeit (Fachgebiet Radvan) sowie durch einen Arbeitskreis hauptamtlich Tätiger an der Institution, die inhaltlich-fachlich unterstützen. Das Teilprojekt Gewaltopferberatung (BURG) der Beratungsstelle Opferperspektive Brandenburg bietet zudem an, Projektpartnerin zu sein und inhaltlich-fachlich zu beraten. Eine enge Kooperation mit den Ansprechpartner*innen im Bereich Antidiskriminierung und Gleichstellung ist gegeben. Es liegt ein Konzeptpapier für die Monitoringstelle vor, deren Einrichtung für das Sommersemester 2023 geplant ist und durch das Präsidium der BTU unterstützt wird.

6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Angesichts der gesamt- und stadtgesellschaftlichen Situation ist es im Sinne einer erkennbaren Symbolik und der damit verbundenen Strahlkraft sinnvoll, dass sich die Universität in ihren öffentlichen Auftritten (auf der Webseite, bei Veranstaltungen, in Interviews etc.) deutlich für die Freiheit von Wissenschaft und gleichzeitig gegen (extrem) rechte Normalisierungsversuche an der BTU positioniert. Solcherart Positionierung ist am wirksamsten, wenn die bestehenden Probleme konkret und deutlich benannt werden und gleichzeitig aufzeigen, welche (präventiven) Antworten die Institution auf den verschiedenen Ebenen hierzu entwickelt (hat) und umsetzt. Mit dem Plädoyer für eine proaktive Haltung ist das Ziel verbunden, demokratische Standards im Miteinander zu stärken und diejenigen Personen, die von Diskriminierung und extrem rechten Bedrohungen betroffen sind, Schutz und Solidarisierung zuzusichern bzw. zu gewährleisten. Dies sollte inhaltlich verbunden sein mit dem demokratischen Leitbild der Hochschule und weiteren Positionen. Bei öffentlichkeitswirksamen Strategien kann die Forschungsstelle FUR und die Senatskommission „Universitätskultur und Universitäre Gemeinschaft“ beratend hinzugezogen werden.

6.2.3 Organisationskultur

Im Rahmen ihrer Organisationskultur hat die Hochschule die Möglichkeit, in allen Studiengängen für das Thema zu sensibilisieren und einen Entwicklungsprozess in Richtung

Hochschule als diskriminierungskritischen Ort anzustoßen. Dementsprechend sollte das (möglichst partizipativ erarbeitete) Leitbild der Institution eine klare Positionierung gegen (extrem) rechte Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche im Wirkungsbereich der BTU enthalten ebenso die Positionierung für eine demokratische Hochschulkultur und für die Freiheit der Wissenschaft. Ein Leitbild, das eine demokratische, antidiskriminierende und weltoffene Organisationskultur beinhaltet, kann zudem bei arbeitsrechtlichen Fragen wirksam werden.

Klar definierte Richtlinien im Umgang mit (extrem) rechten Vorfällen bereiten alle Beteiligten für entsprechende Situationen vor. Wir empfehlen die Ausarbeitung von Richtlinien für:

(1) den didaktischen Umgang mit (extrem) rechten Erscheinungsformen in der Lehre

(liegt in der ausführlichen Version des Handlungskonzeptes vor und dient u.a. als Grundlage für entsprechende Angebote im Weiterbildungsbereich der BTU in Verantwortung von Heike Bartholomäus).

(2) den Umgang mit (extrem) rechten Angriffen auf Wissenschaft und Forschung

Hierfür hat die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen bereits eine Richtlinie verfasst (bukof 2021), die BTU-intern abgestimmt und an die konkreten Herausforderungen der BTU angepasst werden kann.

(3) den Umgang mit externen Sicherheitsdienstleistungen

Diese Richtlinie soll in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung erarbeitet werden, die bereits einen Umgang mit externen Sicherheitsfirmen in Einrichtungen der Stadt entwickelt haben.

6.2.4 Fort- und Weiterbildung

- inhaltliche Sensibilisierung für das Thema

Ein wichtiger Bestandteil von Primärprävention ist die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Rechtsextremismus, insbesondere die Sensibilisierung für die aktuellen Erscheinungsformen, Inhalte und Funktionen der verschiedenen Ideologeme sowie Folgen für Betroffene ebenso wie Gegenstrategien. Die Verantwortlichen aus der Fort- und Weiterbildung haben bereits Angebote für den internen Bereich der Lehre entwickelt. Ebenso liegen Erfahrungen mit BTU-übergreifenden Angeboten vor: (Ring-)Vorlesungen an Fachbereichen, Open BTU oder der BTU Seniorenakademie, Facha-

ge, Themenwochen zum Thema Rechtsextremismus, Dekolonisierung der Lehre und Antidiskriminierung. Durch die Öffnung solcher Veranstaltungen für externe Interessierte kann die BTU mit ihren Kompetenzen und dem vorhandenen Wissen in die Stadtgesellschaft hineinwirken. Eine Kooperation mit der Stadtverwaltung ist angebahnt.

- Erkennen extrem rechter Symboliken und Inhalte – Gegenstrategien

Entsprechende Fortbildungen können in Kooperation mit dem Mobilien Beratungsteam Rechtsextremismus in Cottbus (demos) organisiert werden. Ein Fokus sollte hier auf dem Bereich des Gebäudemanagements liegen. Zu den Aufgaben der hier Tätigen gehört im Rahmen der Umsetzung der Hausordnung das Erkennen, Deuten sowie Entfernen von (extrem) rechter Propaganda auf dem Campus und in den Hochschulgebäuden (in Form von Plakaten, Stickern, Flyern, Sprayings etc.). Hierfür sind Mitarbeitende jedoch nicht zwangsläufig qualifiziert.

6.3 Maßnahmen der Sekundärprävention

Maßnahmen der Sekundärprävention reagieren auf Situationen, die als extrem rechter Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche zu deuten sind oder als Vorfall von Ausgrenzung oder Bedrohung gegenüber Personen, die als rechtsextrem motiviert gelten. Sie setzen also nach dem Eintritt einer Tat an.

6.3.1 Erarbeiten eines Notfallplans

Für das Verhalten in Notfallsituationen ist ein Ablaufplan zu erarbeiten, der potentiell Betroffenen unkompliziert weiterhilft. Teil dessen sollte die Einrichtung einer Notfallnummer in Kooperation mit der örtlichen Polizei sein. Diese Notfallnummer sollte unter denjenigen Personen bekannt sein, die von rassistischer und extrem rechter Gewalt potentiell betroffen sind. Hilfreich ist ein regelmäßiger Austausch mit den zuständigen Polizeibeamten. Für eine Übersicht mit konkreten Kontakten und Ansprechpersonen kann verwiesen werden auf die Broschüre „Ansprechpersonen in besonderen Lebenslagen“.²¹ Hier sollte sichergestellt sein, dass die Adressen regelmäßig überprüft und aktualisiert werden.

²¹ https://www-docs.b-tu.de/gesundheitsmanagement/public/Downloads/Broschuere_Ansprechpersonen.pdf

Zudem empfehlen wir die Einrichtung eines Opferhilfefonds im Sinne der positiven Maßnahmen § 5 AGG. Dies sollte durch die Einrichtung eines Fonds für Rechtsbeistand und materielle durch den Angriff erlittene Schäden institutionalisiert werden, um den Zugang zu juristischer Unterstützung und somit Umsetzung der eigenen Rechte möglichst barrierearm zu gestalten (Rausch et al. 2021: 37) und Kompensation für weitere erlittene Schäden zu ermöglichen. Potenziell sollte dieser Fonds auch für Wissenschaftler*innen, die persönlichen Angriffen auf ihre Forschung (vgl. Kapitel 2.3.1) ausgesetzt sind, zugänglich gemacht werden.

6.3.2 Anwenden des Hausrechts

In der Hausordnung der BTU werden Anpassungen vorgenommen, um eindeutige Grundlagen für die Umsetzung des Hausrechts gegen (extrem) rechte Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche auf dem Campus zu schaffen. Das beantwortet, wie mit Herausforderungen umgegangen werden kann, die unter 4.2.2 und 4.2.3 beschrieben sind. Um deren angemessene und wirksame Anwendung sicherzustellen, braucht es auch hier ein Angebot der Fort- und Weiterbildung des Gebäudemanagements. Zudem sollten Fortbildungsangebote für Lehrende und diejenigen Verwaltungsmitarbeitende installiert werden, die an der BTU öffentliche Veranstaltungen organisieren und moderieren.

6.3.3 Institutionelle Reaktion

Sofern Angehörige der BTU in einen Vorfall (extrem) rechter Gewalt involviert sind, braucht es eine proaktive Positionierung gegen heutigen Rechtsextremismus von Seiten der Hochschule im Sinne des Ansatzes „wehrhafter Demokratie“. Die BTU würde sich hier neben den anderen Hochschulen einreihen, die für eine kritische Haltung stehen und im Sinne des Lernens aus der Geschichte des Nationalsozialismus von einer verkürzten Interpretation von „Neutralität“ abwenden. Im Verlauf der vergangenen Semester haben sich bundesweit verschiedene Hochschulen für entsprechende Statements entschieden. In einigen Fällen gab es konkrete Anlässe, die hierzu motiviert haben. Beispielhaft möchten wir abschließend verweisen auf das Banner, das am Haus der Fakultät 4 auf die Professionsethik Sozialer Arbeit verweist: „Soziale Arbeit steht für Demokratie und Menschenrechte, gegen Rechtsextremismus und Rassismus“.

Quellenangaben

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (2020): Bausteine für einen systematischen Diskriminierungsschutz an Hochschulen, 2. Auflage, Berlin. Online unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/bausteine_f_e_systematischen_diskriminierungsschutz_an_hochschulen.pdf, zuletzt geprüft am 15.1.2023.
- Aikins, Joshua Kwesi; Barskanmaz, Cengiz; et. al. (2015): Rassistische Diskriminierung in Deutschland. Erscheinungsformen und menschenrechtliche Verpflichtungen zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung. Berlin. Online unter: https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/DEU/INT_CERD_NGO_DEU_19968_O.pdf, zuletzt geprüft am 12.1.2022.
- Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin.
- Andresen, Sabine (2018): Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. In: Zeitschrift für Pädagogik 64 (2018) 6, S. 768–787
- Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen Berliner Hochschulen (afg) (2021): Dossier: Kleine Anfragen bzw. Schriftliche Anfragen der AfD bzgl. Gender Studies & Gleichstellung an Hochschulen.
- Bahout, Chadi (2021): „Wie ein Fisch im Aquarium.“ Alltagsrassismus in Cottbus. Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V. Online unter: https://www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de/wp-content/uploads/2021/10/opp_aquarium_2021.pdf, zuletzt geprüft am 11.4.2022.
- Beigang, Steffen; Fetz, Karolina; Kalkum, Dorina; Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Herausgegeben von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden: Nomos, online unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_diskriminierungserfahrungen_in_deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=8, zuletzt geprüft am 15.1.2023.
- Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun (2022): Kleine Anfragen der AfD als Instrument wissenschaftsfeindlicher Angriffe auf die Geschlechterforschung. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 2/2022, S. 132–145.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia (2014): Umgang mit rechtsextremen Studierenden an Hochschulen. In: IG Metall/Verdi (Hrsg.): online-Zeitschrift DENK-doch-MAL. Online unter: <http://denk-doch-mal.de/wp/dierk-borstel-claudia-luzar-umgang-mit-rechtsextrem-studierenden-an-hochschulen> [Zugriff: 31.10.2018].
- Botsch, Gideon; Schulze, Christoph (2018): Die Sprache der »Asylkritik«. Eine Analyse der Reden bei Zukunft-Heimat-Reden in Cottbus, Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle. Ausgabe 4. Potsdam: Eigenverlag.
- Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen e.V. (bukof) (2021): Diskriminierende Angriffe im Hochschulkontext – Handlungsempfehlungen für Wissenschaftler*innen und ihr Umfeld. Handlungsleitfaden. Online unter: <https://bukof.de/wp-content/uploads/21-10-01-bukof-afg-Handlungsempfehlungen-Diskriminierende-Angriffe-im-Hochschulkontext.pdf>, zuletzt geprüft am 14.12.21.

- Carter, Robert T.; Forsyth, Jessica (2010): Reactions to racial discrimination: Emotional stress and help-seeking behaviors. In: *Psychological Trauma: Theory, Research, Practice, and Policy*, Bd. 2, S. 183–191.
- Claus, Robert (2021): Disziplinierung zur Wehrhaftigkeit. Kampfsport im militanten Neonazismus. Hg. v. Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 9. Online unter: https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_09.pdf, zuletzt geprüft am 3.2.2022.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2022): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Giessen: Psychosozial Verlag.
- Destatis (2021): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen Wintersemester 2020/2021. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/studierende-hochschulen-endg-2110410217004.pdf>, zuletzt geprüft am 11.3.2022.
- Einwächter, Sophie G. (2022): Feindlichkeit gegenüber Wissenschaftler*innen. Kartierung eines Phänomens. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 2/2022, S. 10–28.
- dpa (2021): Wissenschaftler berichten von Anfeindungen in Pandemie. In: *Ärzteblatt*, 14.10.2021. Online unter: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/128159/Wissenschaftler-berichten-von-Anfeindungen-in-Pandemie>, zuletzt geprüft am 6.1.2022.
- Fröhlich, Alexander (2019): Der Herrschaftsanspruch der Kampfgemeinschaft Cottbus. In: *pnn*, 24.7.2019. Online unter: <https://www.pnn.de/brandenburg/sieg-heil-im-fanblock-der-herrschaftsanspruch-der-kampfgemeinschaft-cottbus/24694832.html>, zuletzt geprüft am 3.2.2022.
- Fröschner, Joschka; Warnecke, Jakob (2019): „Was interessiert mich denn Cottbus?“. *Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat*. Hg. v. Rosa Luxemburg Stiftung, Aktionsbündnis Brandenburg, Potsdam.
- Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul (2019): *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Reinbek bei Hamburg.
- Garzke, René (2019): „Die härtesten Schläger“. In: *Tagesspiegel*, 11.04.2019. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-razzia-in-cottbus-die-haertesten-schlaeger/24211014.html>, zuletzt geprüft am 3.2.2022.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación et. al. (2016): Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt. In: *suburban* 4 (2/3), S. 161–190.
- Jaschke, Hans-Gerd 2001 [1994]: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder*, 2. Aufl., Opladen.
- Krüger, Hardy (o. J.): *Querdenken. Aktuelles, Brandenburg rechtsaußen*. Aktionsbündnis Brandenburg e.V.. Online unter: <https://aktionsbuendnis-brandenburg.de/querdenken/>, zuletzt geprüft am 15.2.2022.
- Lehnert, Esther; Radvan, Heike (2016): *Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit und Pädagogik*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Leidinger, Christiane (2019): Anschlussfähig – eine antifeministische Kampagne zu Gewalt gegen Frauen von extrem rechts. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. (Hrsg.): *20 Jahre BAG Mädchenpolitik. Schriftenreihe zur Mädchenarbeit und Mädchenpolitik Nr. 17/2019*. Berlin, 39–64.

- Leidinger, Christiane; Radvan, Heike (2019): Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus an Hochschulen. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 1/2019, S. 142–147.
- Leidinger, Christiane/Radvan, Heike (2021): Extrem rechte Studierende. Eine Herausforderung für Hochschulen am Beispiel Sozialer Arbeit, in: *Politikum. Analysen-Kontroversen-Bildung*, 4/2021 „Rechtsextremismus in Institutionen“, S. 56–61.
- Lippelt, Judith; Schäfer, Jana (2019): Die neuen Cottbuser*innen – oder doch Geflüchtete? MIKOWA – Forschungsplattform Migration, Konflikt und sozialer Wandel, MIKOWA Infobrief, No. 1, 2019.
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK) (2022): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2021, Potsdam. Online unter: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/VSB_2021.pdf, zuletzt geprüft am 15.1.2023.
- Minkenber, Michael; Sündermann, Teresa (2021): Das Verhältnis von AfD und rechtsextremistischen Bewegungen in Brandenburg. Der Fall *Zukunft Heimat* in Cottbus. In: Botsch, Gideon; Schulze, Christoph (Hg.), *Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020*, Berlin, S. 245–272.
- Möller, Kurt (2005): Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialarbeitswissenschaftlicher und (sozial)pädagogischer Perspektive. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 21, 2/2010, S. 159–164.
- Müller, Daniel/Zimmermann, Fritz (2020): Der Clan von Cottbus. In: *Die Zeit* (8.10.2020). Online unter: <https://www.zeit.de/2020/42/rechtsextremismus-lausitz-kampfgemeinde-cottbus-rassismus-brandenburg>, zuletzt geprüft: 1.2.2021).
- Nauschütz, Silke (2019): Tod einer ägyptischen Studentin in Cottbus: Prozess gegen Unfallfahrer. In: *Berliner Zeitung*, 12.9.2019. Online unter: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/tod-einer-aegyptischen-studentin-in-cottbus-prozess-gegen-unfallfahrer-li.40009>, zuletzt geprüft am 11.1.2022.
- Opferperspektive (2018): Chronologie rechte Angriffe. Cottbus, 28. Oktober 2018. Online unter: <https://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/chronologie-rechter-angriffe/cottbus-109>, zuletzt geprüft am 14.10.2022.
- Opferperspektive (2021): Positionspapier. Rechte Gewalt und fehlende Strafverfolgung im Gerichtsbezirk Cottbus. Veröffentlicht am 28.1.2021. Online unter: <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/rechte-gewalt-und-fehlende-straftverfolgung-im-gerichtsbezirk-cottbus>, zuletzt geprüft am 15.2.2022.
- Opferperspektive (2022): Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg: Übersicht 2002-2021, 23.6.2022, URL: <https://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/statistik-rechter-gewalt-2> (letzter Abruf: 23.8.22)
- Pösl, Nora Feline (2022): Rapide Radikalisierung – Esoterik, ‚alternative Heilmethoden‘ und (rechte) Verschwörungsideologien im Kontext der Covid-19-Pandemie. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 2/2022, S. 98–114.
- Popp, Maria; Reis, Stefanie; Schießler, Selina; Hausinger, Renate Ilona; Stegemann, Miriam; Metzendorf, Maria-Inti et al. (2022): Ivermectin for preventing and treating COVID-19. *Cochrane Database of Systematic Reviews* 2022, Issue 6. Art. No.: CD015017.
- Positionspapier Fakultät 4 – BTU (2020): Der Umgang mit rechtsextrem organisierten Studierenden: Stellungnahme von Lehrenden des Instituts für Soziale Arbeit aus aktuellem Anlass. Cottbus, 26.2.2020. Online unter: <https://www-docs.b-tu.de/soziale-arbeit-ba->

fh/public/aktuelles/2020/Stellungnahme/Stellungnahme-Institut-SozA%20BTU-Cottbus-26.2.20-mit-Unterschriften.pdf, zuletzt geprüft am 12.1.2022.

- Positionspapier Fakultät 5 – BTU (2021): Zum Umgang mit rechtsextrem organisierten Studierenden: Stellungnahme von Lehrenden im Studiengang „Kultur und Technik“ der Fakultät 5. Cottbus, 05.07.2021. Online unter: <https://www-docs.b-tu.de/fakultaet5/public/IPS%20-%20Positionspapier%20Rechtsextremismus.pdf>, zuletzt geprüft 12.1.2022.
- Raab, Michael/Radvan/Heike (2023): „Man muss lernen, sich zu bewegen“. Erfahrungen verschiedener Betroffenengruppen mit rechter Dominanz in Cottbus; Handlungsstrategien und Umgangsweisen. In: Botsch, Gideon; Köbberling, Gesa; Schulze, Christoph (2023): Rechte Gewalt in Brandenburg. Reihe Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle der Universität Potsdam, (im Erscheinen).
- Raab, Michael/Radvan, Heike (2020): Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch autoritärer Mobilisierung: Ergebnisse eines Forschungsprojektes, MIKOWA Arbeitspapiere, MIKOWA – Forschungsplattform Migration, Konflikt und sozialer Wandel; Nr.1, 2020. Online unter: https://www-docs.b-tu.de/mikowa/public/MIKOWA_Working_Paper_1_%20Radvan_Raab.V4.pdf (zuletzt aufgerufen: 6.10.2020)
- Radvan, Heike (2023): Der NSU-Komplex. Verantwortung(sübernahme) Sozialer Arbeit?. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hg): Vom Klassenrat bis zum zivilen Ungehorsam. Partizipation in der Demokratie und der Auftrag der politischen Bildung, Schwalbach, (im Erscheinen).
- Radvan, Heike; Schäuble, Barbara (2019): Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende. Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In: Michaela Köttig und Dieter Röh (Hg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich (Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 18), S. 216–227.
- Rausch, Dorothea; Hotait, Nader; Beigang, Steffen (2021): Reaktionsmöglichkeiten bei Rassismus: Die Bedeutung von Kontextfaktoren für Handlungsstrategien bei rassistischer Diskriminierung. DeZIM Project Report, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online unter: https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5267.pdf, zuletzt geprüft: 15.1.2023.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Rump, Maike (2021): Propagandafeld: Klima. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, S. 262–282.
- Sander, Hendrik (2021): Das andere Brandenburg. Antifa, weltoffene Orte, solidarische Alternativen. Online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/16-21_Onl-Publ_Das_andere_Bbg.pdf. Zuletzt geprüft am 10.1.2022.
- Schmidt-Mattern, Barbara (2019): Die Klimapolitik der AfD. Persönliche Angriffe und Falschaussagen. In: *Deutschlandfunk* 2019, 29.03.2019. Online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/die-klimapolitik-der-afd-persoенliche-angriffe-und-100.html>, zuletzt geprüft am 10.1.2022.

- Schmitt, Michael T.; Branscombe et. al. (2014): The consequences of perceived discrimination for psychological well-being: a meta-analytic review. In: *Psychological bulletin* 140 (4), S. 921–948.
- Schulze, Christoph (2022): Corona-Protteste und die extreme Rechte. Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021. In: *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle*, Nr. 10 (Mai 2022). Potsdam. Online unter: https://www.mmz-potsdam.de/media/24/download/EJG_Mitteilungen_10.pdf?v=2, zuletzt geprüft am: 18.5.2022.
- Schulze, Aileen (2018): Rassismus-Erfahrungen im Alltag von internationalen Studierenden an der BTU Cottbus-Senftenberg, unveröffentlichte Bachelorarbeit am Fachbereich Soziale Arbeit der BTU Cottbus-Senftenberg.
- Schumatsky, Boris (2018): Das Dilemma der Klimaforscher. Wie politisch darf Wissenschaft sein? In: *Deutschlandfunk Kultur* 2018, 29.11.2018. Online unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-dilemma-der-klimaforscher-wie-politisch-darf-100.html>, zuletzt geprüft am 10.1.2022.
- Stifterverband; Heinz Nixdorf Stiftung (SV/HNS) (2020): Hochschul-Barometer. Lage und Entwicklung der Hochschulen aus Sicht ihrer Leitungen, Ausgabe 2020. Online unter: <https://www.stifterverband.org/download/file/fid/9483>, zuletzt geprüft 10.1.2022.
- Thompson, Vanessa Eileen (2020): „Racial Profiling“, institutioneller Rassismus und Interventionsmöglichkeiten. In: *bbp*, 27.4.2020. Online unter: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoessiers/migration-und-sicherheit/308350/racial-profiling-institutioneller-rassismus-und-interventionsmoeglichkeiten/>, zuletzt geprüft am 11.3.2022.
- Virchow, Fabian (2016): „Rechtsextremismus“: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen. In: Häusler, Alexander/Virchow, Fabian/Langebach, Martin (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden, S. 5–41.
- Wagner, Bernd (2014): Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung – Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin, S. 309–326.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland Rechts Aussen*, München.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (Hg.) (2021): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.
- Ziegler, Petra; Beelmann, Andreas (2009): Diskriminierung und Gesundheit. In: Beelmann, Andreas; Jonas, Kai J. (Hg.): *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven*. Springer, S. 357–376.